

Leserbriefe

Asyl «Wir produzieren kaputte Kinder», «Bund» vom 13. November

Zustände untersuchen

Vor einem Jahr haben 20 Tibeter ein Härtefallgesuch eingereicht. Die Polizeidirektion weigerte sich, dieses an den Bund weiterzuleiten. Stattdessen wurden die Asylsuchenden in sogenannten Rückkehrzentren interniert, welche von der gewinnorientierten ORS betrieben werden. Jeder weiss, dass die Tibeter während ihres ganzen Lebens nie mehr zurückkehren können. Ihre Internierung wird uns Millionen kosten! Walter Leimgruber, Präsident der Eidgenössischen Migrationskommission, hat bei seiner Inspektion festgestellt, dass die Kinder in diesen Rückkehrzentren kaputt gemacht werden. Markus Aeschlimann, Chef des Migrationsdienstes des Kantons Bern, fühlt sich durch diese Feststellung beleidigt. Statt dass er sich für das Wohl der Kinder einsetzt, bezichtigt er Professor Leimgruber der Ehrverletzung

und Unprofessionalität. Mir scheint, der Gesamtregerungsrat sollte endlich die Zustände in der Polizeidirektion untersuchen und Massnahmen ergreifen.

Andreas Wyss, Bern

Stoppt das Leiden!

Walter Leimgruber hat nicht Unrecht, wenn er sagt, dass wir mit der gängigen Praxis kaputte Kinder (und Erwachsene) produzieren. Viele benötigen psychiatrische Betreuung! Nach meinen Informationen werden in der Unterkunft Aarwagen Personen geängelt und in ihrer Bewegungsfreiheit und Entwicklung stark eingeschränkt. Wie wird die Schweiz in einigen Jahren auf die aktuelle Praxis mit abgewiesenen Langzeitasylsuchenden reagieren? Eine Gesetzesänderung tut dringend not. Stoppt damit das unsägliche Leiden!

Ruedi Wenger, Grosshöchstetten

Leserbeiträge

Unrecht wird geduldet

«Es ist unzulässig, dass man Kinder so behandelt» – BT, 7. November
Ich beziehe mich auf den Artikel mit Walter Leimgruber, auf frühere Berichte im BT zum Thema und auf den Bieler Verein Alle Menschen. Ich bin betroffen.

Kinder, in der Schweiz geboren, gehen hier zur Schule, sprechen unsere Sprache, leben hier wie andere Kinder auch mit ihrer Familie. Doch eine Schweizer Behörde beschliesst, dass diese Familie hier nicht bleiben darf. Sie wird aus ihrer Wohnung vertrieben, die Kinder werden ihrer Schule entrissen. Sie werden im Bözingenfeld hinter Stacheldraht in ein Container-Lager verbannt, wo sich noch andere zu Vertreibende befinden. Die Aktion läuft unter der Bezeichnung «Ausschaffung», doch die Familie kann nicht ausgeschaffen werden, es sei denn, sie werde aufgelöst, Vater und ein Teil der Kinder in ein Land, Mutter und die anderen Kinder in ein anderes Land.

Wenn sie nicht «ausgeschafft» werden können und trotzdem eingesperrt bleiben, sind sie interniert, also in einem

Internierungslager was synonym ist mit einem Konzentrationslager. Wir wundern uns, dass in der deutschen Nazi-Zeit Familien ganz munter und unbekümmert im Wohnquartier neben den Konzentrationslagermauern leben konnten.

Doch wir verhalten uns ebenso! Was oben beschrieben wird, geschieht hier bei uns. Das Internierungslager ist auf Bieler Boden im Bözingenfeld. Wir wissen, was abläuft. Ich weiss es. Sie, liebe Leserin und lieber Leser, wissen es spätestens, wenn Sie diesen Leserbrief lesen. Unser Gemeinde- und unser Stadtrat wissen es, unsere Kirchen wissen es. Wir dulden aber Unrecht, doch das Dulden eines Unrechts macht mitschuldig. So tragen wir alle eine Mitschuld am Unrecht gegenüber Menschen, mitbetroffenen Kindern hier in unserer Stadt. Was sollen und können wir tun? Jean Klingler, Biel (eh. Kinderarzt in Biel)

Info: Ihre Meinung interessiert uns. Leserbriefe sollten nicht mehr als 80 Zeilen zu 30 Anschlägen umfassen. Mails müssen mit Vorname, Name und Adresse unterzeichnet werden. Leserbriefe mit diffamierendem Charakter werden nicht veröffentlicht. leserbriefe@bielertagblatt.ch

Bieler Tagblatt 16.11.2020

Migrationsexperte «Wir produzieren kaputte Kinder», «Bund» vom 13. November

Gesetze bewähren sich nicht

Die äusserst gehässige Reaktion unserer kantonalen Behörden auf das Interview mit Walter Leimgruber, Präsident der Eidgenössischen Kommission für Migrationsfragen (EKM), zur Frage der Unterbringung von Kindern in Rückkehrzentren erstaunt. Der Kanton kann in dieser Sache nicht primäres Ziel der Kritik sein. Er ist bloss für die Umsetzung der Gesetze verantwortlich, die der Bund und das Volk in einem demokratischen Verfahren bestimmt haben. Letztere sind primäre Adressaten der Kritik.

Die Ursprünge der Missstände liegen im Jahr 2008. Zu diesem Zeitpunkt wurde das Nothilferegime für weggewiesene Flüchtlinge eingerichtet und per 1. März 2019 durch die Einführung des neuen Asylgesetzes und die Separierung der Weggewiesenen in Rückkehrzentren weiter verschärft. Es sind demokratisch legitimierte Gesetze, die sich aber in der Praxis nicht bewähren. Bereits vor der Corona-Krise lebten Ende 2019 in der Schweiz mehr als 4457 Langzeitbeziehende (71 Prozent) seit über einem Jahr unter dem Nothilferegime. Davon sind 572 Kinder betroffen und ein Drittel Frauen, im Verhältnis zu den Asylgesuchen überproportional viele.

Gemäss Gesetz sollten Rückweisungen nach drei Monaten vollzogen sein, denn auf diese Zeit ist das Nothilferegime angelegt. Niemand konnte sich bei seiner Einführung vorstellen, dass Menschen über längere Zeit in dieser repressiven und menschenunwürdigen Situation, an der es nichts zu beschönigen gibt, leben müssten. Wenn sich in der Schweiz fast 600 Kinder als Langzeitfälle in prekären Verhältnissen befinden und sich nicht nur zivilgesellschaftliche Gruppen, sondern auch Behörden wie die EKM gegen die Not dieser Menschen einsetzen, ist das weder von «Ideologie» noch von «Einseitigkeit» geprägt, sondern einfach nur menschlich. Daniel Winkler, Riggisberg, Pfarrer